

Sprachenstreit noch nicht vom Tisch

Wenn es nach den Erziehungsdirektoren geht, sollen in der Primarschule weiterhin zwei Fremdsprachen unterrichtet werden. Doch der Entscheid fiel gestern nicht einstimmig – für Zündstoff ist damit auch künftig gesorgt.

VON VANESSA BUFF

SCHAFFHAUSEN Die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) will an ihrer bisherigen Sprachenstrategie festhalten. Das bestätigte gestern Christoph Eymann, Präsident der EDK, nach einer Aussprache, an der auch der zuständige Bundesrat Alain Berset teilgenommen hatte. Damit setzte die EDK ein Zeichen dafür, dass an Schweizer Primarschulen weiterhin zwei Fremdsprachen gelehrt werden sollen – eine ab der dritten und eine ab der fünften Klasse (Modell 3/5). Eine davon soll zudem Englisch sein, die andere eine zweite Landessprache.

Drei Kantone wollen ausscheren

Die Aussprache unter den Erziehungsdirektoren war nötig geworden, weil in den letzten Monaten verschiedene Kantone Anstalten gemacht hatten, aus diesem aus dem Jahr 2004 stammenden Kompromiss auszuscheren. In Schaffhausen etwa überwies der Kantonsrat bereits im Februar ein Postulat von Heinz Rether (GLP, Thayngen), welches fordert, dass künftig nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe unterrichtet wird. Der Kanton Thurgau wiederum hat das Frühfranzösisch gestrichen, und in Nidwalden steht 2015 die Abstimmung über eine Volksinitiative mit dem gleichen Ziel an.

Trotz dieser Bestrebungen betonte Eymann jedoch, dass bisher in keinem der drei Kantone ein Entscheid tatsächlich umgesetzt worden sei. Auch gebe es zwar mit Appenzell Innerrhoden, Aargau und Uri drei Stände, die derzeit noch ein anderes Sprachenmodell anwendeten. Das liege jedoch daran, dass man bei der Einführung des 3/5-Modells auf Fristen verzichtet und den Kantonen einen gewissen zeitlichen Freiraum gewährt habe. «Es gibt innerhalb der EDK keinen «Sprachenstreit», sagte Eymann weiter. «Der bisherige Kompromiss ist immer noch sehr breit abgestützt. Und es ist derzeit auch kein anderes Modell in Sicht, das eine ähnlich grosse Unterstützung geniessen würde wie das Modell 3/5.»

Indes – der Entscheid, die bisherige Strategie zu bestätigen, fiel gestern nicht einstimmig aus. Bei einer Enthaltung sowie einer Abwesenheit stimmten 22 Kantonsvertreter dafür und zwei



«Es gibt keinen Sprachenstreit», betonte Christoph Eymann, Präsident der EDK, gestern vor den Medien. Ein einstimmiges Resultat bezüglich der Sprachenstrategie der Kantone konnte er aber dennoch nicht präsentieren.

Bild Key

dagegen. Wer wie abstimmte, liess die EDK offen.

«Nicht mit dem Feuer spielen»

Das lässt vermuten, dass das Thema noch nicht vom Tisch ist – und dass es auch die nationale Politik in naher Zukunft noch beschäftigen wird. Alain Berset betonte gestern denn auch erneut, dass der Bund eingreifen werde, sollte ein Kanton den Unterricht einer zweiten Landessprache auf Primarstufe wirklich abschaffen. «Es wäre gut, wenn die Kantone hier nicht mit dem Feuer spielten», sagte Berset und verwies dabei auf die Bundesverfassung, in der eine Harmonisierung der Schule und damit auch des Sprachunterrichts festgeschrieben ist.

Tatsächlich tätig werden könnte der Bundesrat allerdings erst 2015, wenn die EDK Bilanz über die bisherige Harmonisierung gezogen hat. So lange wollen einige Mitglieder der nationalen Parlamente aber nicht warten. Konkret berät etwa die Bildungskommission des Nationalrates (WBK) bereits am 1. Dezember über eine Kommissionsinitiative zur Änderung des Sprachengesetzes. «Wir konzentrieren

uns bewusst auf die Landessprache», sagt dazu Nationalrätin und WBK-Mitglied Kathy Riklin (CVP/ZH), die einen entsprechenden Vorschlag formuliert hat. «Wenn die Kantone also weiterhin am Frühenglisch festhielten, dann ginge das entsprechend nur, wenn sie gleichzeitig auch die zweite Landes-

sprache verankerten.» Oder anders gesagt: Würde der Vorstoss Riklins, der auch von Jean-François Steiert (SP/FR) analog eingereicht wurde, durchkommen, könnte zwar eine Fremdsprache auf die Oberstufe verschoben werden – es müsste dann aber zwingend Englisch sein.

Christian Amsler «Föderalismus heisst nicht, dass jeder machen kann, was er will»

SCHAFFHAUSEN Der für die Bildung zuständige Schaffhauser Regierungsrat Christian Amsler begrüsst den Entscheid der EDK «ausdrücklich», wie er gestern gegenüber den SN sagte. «Föderalismus heisst nicht, dass jeder auf seinem Gebiet machen kann, was er will. Dazu gehören gerade auch die Fremdsprachen in der Schule», sagte Amsler. Wie Alain Berset verwies auch er auf die Bundesverfassung: Die Harmonisierung der Bildungsinhalte sei ein Anliegen des Volkes, was mit der klaren Zustimmung (86 %) zum Bildungsartikel eindrücklich manifestiert worden sei.

Amsler weilte in Basel, um mit der Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK), die er präsidiert, den revidierten Lehrplan 21 zu verabschieden. Vorgestellt wird dieser am 7. November in Zürich. (vbu)



Christian Amsler
Regierungsrat (FDP) und
Präsident
der D-EDK